

100 Tage Dreisamkeit

100 Tage schwarz-gelbe Koalition – auch gestern stritten sich Union und FDP wieder. Die Wunschpartner von einst machen nicht den

besten Eindruck auf Beobachter und Politikerkollegen. Ernüchterung ist eingetreten. Ein Parlamentsneuling, der 24-jährige Sven-Chris-

tian Kindler aus Hannover, schildert im NP-Interview seinen Eindruck: „Unprofessionell“ sei das, wie die Koalition da agiere.

„Stellungskrieg“ im schwarz-gelben Bündnis

VON M.-O. VON RIEGEN

BERLIN. Ein Traumpaar sieht anders aus. 100 Tage nach dem Start steckt die schwarz-gelbe Koalition in einer Beziehungskrise. Auch der Neustart mit neuem Namen „christlich-liberal“ konnte daran nichts ändern. Die drei Partner CDU, CSU und FDP gehen ausgerechnet zum heutigen Jubiläum munter aufeinander los.

Nicht grün

Schwarz-Gelb ist sich gar nicht grün – das zeigen die gegenseitigen Attacken von Union und FDP. Wenn es nach dem schleswig-holsteinischen FDP-Chef Wolfgang Kubicki geht, wird derzeit mächtig aufgerüstet. Er spricht von einem „Stellungskrieg“ der Union in der Koalition. Der hessische FDP-Vorsitzende Jörg-Uwe Hahn greift vor allem die CSU an, die er schon in den „Wechseljahren“ sieht. FDP-Chef Guido Westerwelle räumt „Anlaufschwierigkeiten“ ein, sagt aber auch: „Die Leistung einer Regierung wird

an ihren Ergebnissen gemessen.“ In Unionskreisen heißt es, das Ansehen der Koalition müsse verbessert werden, die Zusammenarbeit sei aber von Kameradschaft geprägt. Bei der FDP sorgen klei-

FDP – neben Steuerensenkungen und Vertriebenen-Präsidentin Erika Steinbach.

Für einen Schock bei den Liberalen sorgte einer aus den eigenen Reihen: FDP-Bundesvize Andreas Pink-

gierung nach elf Jahren Opposition anders vorgestellt. Der Wirbel um Spenden aus der Hotelbranche führte zum Vorwurf der Klientelpartei. „Diese Regierung ist bestechlich“, sagt Linksfraktionsvize Gesine Lötzsch. Grünen-Fraktionschefin Renate Künast wirft der Regierung Untätigkeit vor: „100 Tage nichts passiert.“

Narren-Nahrung

Angela Merkel zieht erwartungsgemäß eine positive Zwischenbilanz – die Kanzlerin verweist auf das Steuerpaket mit rund 8,5 Milliarden Euro neuen Entlastungen für Unternehmen und Familien, die Verlängerung der Kurzarbeit, die Beratung über den Bundeshaushalt im Bundestag.

Als die Narren in dieser Woche Einzug im Kanzleramt hielten, baute Merkel dennoch schon mal vor, falls ihre schwarz-gelbe Mannschaft als Zielscheibe für karnevalistischen Humor dienen sollte: „Ich vermute, die Bundesregierung bietet diesmal auch ein paar Anregungen.“



.... der Strom kommt aus der Dose! Zeichnung: Haitzinger

ne Giftpfeile der CSU für große Verstimmung. CSU-Chef Horst Seehofer hält die liberalen Pläne zur Gesundheitspauschale für „völligen Nonsens“. „Ich werde genauso wie 2004 dagegen Sturm laufen, absolut Sturm laufen“, kündigt er an. Damit ist die Gesundheitspolitik ein weiteres Streitfeld für Union und

wart stellte die Mehrwertsteuersenkung für Hoteliers am Wochenende infrage, obwohl sie gemeinsam schon beschlossen war und seit 1. Januar in Kraft ist. Hinter den Kulissen heißt es in der Führungsetage der Liberalen, der Vorstoß sei „verheerend“ gewesen. Vor allem die FDP hatte sich den Einstieg in die Re-

NP-INTERVIEW

Kindler: Koalition agiert unprofessionell

Der grüne Bundestagsabgeordnete Sven-Christian Kindler aus Hannover gibt der Regierung die Note 5.

VON I. HÄGERMANN UND P. RÜCKERL

100 Tage Schwarz-Gelb – wie beurteilen Sie als Neuling die Koalition?

Ich finde es sehr erschreckend, wie schlecht, unprofessionell und zerstritten diese Koalition agiert. Man weiß gar nicht, wer gerade regiert und welche Meinung gilt. Schwarz-Gelb war nicht vorbereitet auf die Regierungsübernahme. Man merkt, dass es kein gemeinsames Projekt gibt. Jeder bedient nur seine eigene Klientel. Die schwarz-gelbe Klientelpolitik macht auch die Kommunen kaputt, die ohnehin wegen der Wirtschaftskrise in einer sehr schwierigen Haushaltssituation sind.

Was stört Sie als Haus-

haltspolitiker am meisten?

Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz. Die 8,5 Milliarden hätte man besser beim Klimaschutz, in die Bildung oder öffentliche Infrastruktur investieren können. Es gibt außerdem ein massives Gerechtigkeitsproblem. Es ist ungerecht, dass vor allem Besserverdienende entlastet werden über die Erhöhung der Steuerfreibeträge. Zudem hat es auch überhaupt keine Wachstumswirkung, die Binnenfrage wird so nicht angeregt. Eine Erhöhung der Regelsätze für Kinder in Hartz-IV-Familien wäre effektiver und gerechter.

Die Hoteliers sehen das anders ...

Das ist ein besonders dreistes Beispiel für die Klientelpolitik. Erst war geplant, Hotels und Gastronomie gemeinsam zu entlasten, das wäre zu teuer gewesen. Dann sollten nur Hotels entlastet werden, was immer noch zu teuer war. Also senkte man den Mehrwert-

steuersatz nur für Übernachtungen und nicht zum Beispiel für das Frühstück. Vollkommen absurd! Das ist nur Bürokratieaufbau und ein Geschenk der FDP an die Hotelloobby. Und man hat ja auch gesehen, dass es mit 1,1 Millionen Euro Spende von Mövenpick gut vergütet worden ist.

Was rollt noch auf uns zu?

Nach der Wahl in Nordrhein-Westfalen wird die Regierung höchstwahrscheinlich deutlich bei den sozialen Leistungen kürzen – und wenn sich FDP-Gesundheitsminister Rösler mit seiner Kopfpauschale durchsetzt, auch massiv Geld ausgeben müssen. Der Ausgleich für die Kopfpauschale würde 20 bis 40 Milliarden Euro kosten, das Geld ist einfach nicht da. 2011 darf es keine weiteren Steuerensenkungen geben, wir brauchen eine Einnahmekonsolidierung.

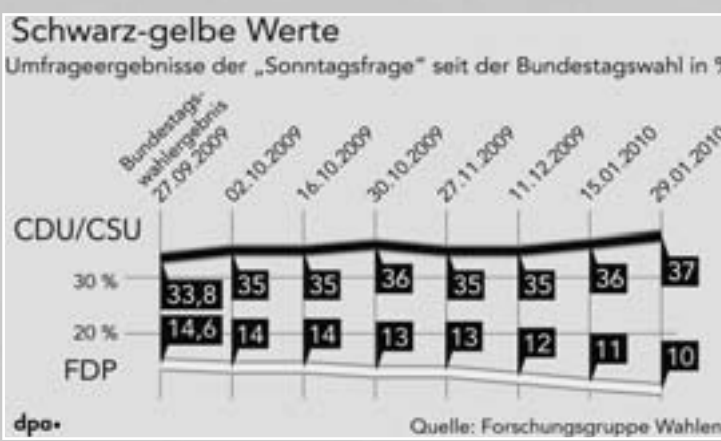
Wie?

Etwas über eine Finanztrans-

aktionssteuer oder eine Vermögensabgabe für große Vermögen über einer Million Euro. Ein Prozent der Menschen besitzen 23 Prozent des Reichtums in Deutschland. Eine angemessene Beteiligung der großen Vermögen an den Kosten der Krise wäre gerecht.

Thema Daten-CD. Schlägt Ihr Herz für Datenschutz, oder sieht der Haushaltspolitiker die Einnahmen?

Die Einnahmen. Es geht um Steuerhinterziehung, und das darf man sich als Rechtsstaat nicht gefallen lassen. Trotz des sensiblen Themas Datenschutz komme ich in der Gesamtabwägung dazu, dass man die Daten kauft, um die hinterzogenen 100 Millionen Euro Steuergelder einzutreiben. Dennoch muss man auf europäischer Ebene weiterhin versuchen, die Steueroasen auszutrocknen. Angesichts der Finanzkrise und der dramatischen Haushaltslage braucht man das Geld.



Rot-Rot-Grün liegt in NRW vorn

Auch das noch: Rund drei Monate vor der nordrhein-westfälischen Landtagswahl kann die schwarz-gelbe Regierungskoalition nicht auf eine Mehrheit bauen. CDU und FDP kämen derzeit auf 47 Prozent der Stimmen, während SPD, Grüne und Linke zusammen 48 Prozent erhielten, ermittelte Forsa für den „Stern“. Die Christdemokraten lägen der

Umfrage zufolge bei 41 Prozent (minus vier Prozentpunkte zur Landtagswahl 2005). Die FDP könnte wie damals mit etwa sechs Prozent der Stimmen rechnen. Auf die SPD würden 32 Prozent der Stimmen entfallen (minus fünf Prozent). Die Grünen würden sich um knapp fünf Prozentpunkte auf elf Prozent steigern. Die Linke läge bei fünf Prozent. **afp**

ZUR PERSON



Sven-Christian Kindler Foto: Decker

Sven-Christian Kindler (24) ist mit Leib und Seele Hannoveraner: Der zweitjüngste Abgeordnete im Bundestag wurde in der niedersächsischen Landeshauptstadt geboren, wuchs mit seinen zwei Schwestern in Groß-Buchholz auf, machte sein Abitur an der Käthe-Kollwitz-Schule und lebt in einer Wohngemeinschaft in Linden-Nord. Er

ist engagierter Pfadfinder, Mitglied der IG Metall und seit 2003 bei den Grünen. Kindlers Fachgebiet ist die Haushaltspolitik: Der Einser-Abiturient ist Betriebswirt und hatte zwei Jahre im Controlling bei Bosch Rexroth Pneumatic gearbeitet, bevor er 2009 in den Bundestag einzog. Dort ist er Mitglied im Haushaltsausschuss.



ERNST, ABER FROH: Die Parteichefs Horst Seehofer (CSU), Guido Westerwelle (FDP) und Angela Merkel (CDU) unterrichten am 24. Oktober 2009 die Öffentlichkeit über ihren Koalitionsvertrag.

Foto: ap

Strafanzeige gegen Kanzlerin wegen Steuer-CD

Schweiz sieht Beziehungen belastet. Fünf Selbstanzeigen in Niedersachsen.

Der Wirbel um die derzeit teuerste CD geht weiter: Ein Rechtsanwalt hat Strafanzeige erstattet, andere Länder haben großes Interesse an den Steuersünder-Daten bekundet.

BERLIN. Anzeige gegen die Bundeskanzlerin: Wegen des geplanten Kaufs der Steuersünder-CD geht der Dresdner Rechtsanwalt Frank Hannig gegen Angela Merkel (CDU) vor. Mit dem beabsichtigten Erwerb der Daten mit Schweizer Bankdaten überschreite die Bundesregierung die Grenzen der Rechtsstaatlichkeit, heißt es in

einer in Dresden verbreiteten Erklärung des Strafverteidigers. Es bestehe der Verdacht der Aufforderung zu Straftaten, der Anstiftung zur Hülfeleistung und der Anstiftung beziehungsweise Beihilfe zum Ausspähen von Daten. Die Staatsanwaltschaft müsse prüfen, ob das Vorgehen der Kanzlerin von den Gesetzen gedeckt sei, erklärte Hannig, selbst Mitglied der CDU.

Das will auch die Schweizer Regierung wissen. Zwar beschloss sie, weiter mit der Bundesrepublik über ein neues Steuerabkommen zu sprechen, jedoch verstößt nach Ansicht des Bundesrates der geplante Kauf gestohlener Daten von

Bankkunden durch die deutsche Regierung „gegen Treu und Glauben“. Er belaste die Beziehungen zwischen den Staaten, stellte die Regierung fest. Deshalb werde bei Datendiebstahl auch keine Amtshilfe geleistet.

Keine Illusionen

Außenminister Guido Westerwelle bemühte sich um Entschärfung. „Ich rate allen Beteiligten zur Besonnenheit und zur gründlichen rechtsstaatlichen Prüfung“, sagte der FDP-Chef. Finanzminister Wolfgang Schäuble macht sich keine Illusionen, dass der Steuerbetrug in Deutschland auf Dauer zurück-

gehen könnte: „Die Fantasie der Menschen, zu Geld zu kommen und dabei auch Steuern zu sparen, ist im Zweifel immer stärker als die Steuermoral“, sagte er. Er riet allen Steuersündern, sich freiwillig zu melden.

In Niedersachsen haben sich bereits fünf Steuersünder selbst angezeigt. Das berichtet die „Nordwest-Zeitung“ unter Berufung auf die niedersächsischen Finanzämter. Dabei seien bisher nicht versteuerte Einnahmen von 900 000 Euro angegeben worden, hieß es aus dem niedersächsischen Finanzministerium. Auch Finanzminister Hartmut Möllring (CDU) rät Bürgern mit Schweizer Geheimkon-

ten zur Selbstanzeige. „Wer sich selbst anzeigt, kann straffrei ausgehen“, sagte er. Die Betroffenen müssten dann die hinterzogenen Steuern und die angefallenen Zinsen bezahlen.

Andere Länder haben ebenfalls bereits großes Interesse an der CD signalisiert. Österreich hofft, Sünder im eigenen Land zu enttarnen. Die belgische Regierung will laut „De Standard“ ähnlich verfahren. Unklar ist weiter, welche Schweizer Banken betroffen sind. Die „Financial Times Deutschland“ berichtete, unter anderem geht es um Konten bei den Banken Crédit Suisse, Julius Bähr und HSBC.



UNTER VERDACHT: Auch Kunden der Bank Crédit Suisse in Zürich sollen auf der CD stehen. Foto: ap